

Armut्सbericht 2026: Immer mehr Kinder wachsen in Armut auf

geschrieben von Redakteur | Juni 3, 2026



Rekordwert bei Armut – eine Million Kinder leben in erheblicher Entbehrung

Die Armut in Deutschland hat einen neuen Höchststand erreicht. Nach dem aktuellen Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes leben 13,3 Millionen Menschen in Deutschland unterhalb der Armutsgrenze. Die Armutsquote stieg 2025 auf 16,1 Prozent und liegt damit höher als in jedem anderen Jahr seit Beginn der aktuellen Erhebung im Jahr 2020.

Besonders alarmierend sind die Zahlen für Kinder und Jugendliche. Zwar liegt die Armutsquote der unter 18-Jährigen mit 16 Prozent etwa im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Doch hinter dieser Zahl verbirgt sich eine erschütternde Realität: Rund eine Million Kinder und Jugendliche lebt nach den Berechnungen des Paritätischen in erheblicher materieller Entbehrung.

Erhebliche materielle Entbehrung bedeutet weit mehr als einen Verzicht auf Luxus. Betroffene Familien können oft grundlegende Bedürfnisse nicht erfüllen. Dazu gehören ausreichend Wohnraum, eine gesunde Ernährung, passende Kleidung, Freizeitangebote, Klassenfahrten oder die Möglichkeit, Freunde einzuladen und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Viele Familien können unerwartete Ausgaben nicht bewältigen, müssen beim Heizen sparen oder können ihren Kindern keine regelmäßigen Freizeitaktivitäten ermöglichen.

Besonders häufig betroffen sind Alleinerziehende. Fast jede dritte alleinerziehende Person lebt in Armut. Auch Familien mit mehreren Kindern tragen ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Gleichzeitig zeigt der Bericht, dass Armut längst kein Randphänomen mehr ist. Selbst Erwerbsarbeit schützt nicht immer davor. Rund 1,8 Millionen Menschen leben trotz Vollzeitbeschäftigung unterhalb der Armutsgrenze.

Der Kinderschutzbund sieht darin einen unhaltbaren Zustand. Seine Präsidentin Prof. Dr. Sabine Andresen spricht von einer Situation, die Kindern ein gutes und kindgerechtes Aufwachsen vielfach unmöglich macht. Kinderarmut beeinträchtigt Bildungschancen, Gesundheit und soziale Teilhabe und müsse endlich mit politischem Nachdruck bekämpft werden.

Wenn bei den Ärmsten gespart werden soll

Die Zahlen des Armutsberichts erscheinen zu einem Zeitpunkt, an dem auf politischer Ebene erneut über Kürzungen bei sozialen Leistungen diskutiert wird. Besonders betroffen wären nach den bekannt gewordenen Vorschlägen unter anderem Wohngeldempfängerinnen und -empfänger sowie Alleinerziehende, die auf Unterhaltsvorschuss angewiesen sind. Gerade diese Gruppen gehören bereits heute zu den besonders armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen.

Angesichts der aktuellen Daten wirkt eine solche Debatte befremdlich. Wenn mehr als 13 Millionen Menschen in Armut leben und eine Million Kinder nicht einmal die Voraussetzungen für ein kindgerechtes Aufwachsen vorfinden, erscheint es kaum nachvollziehbar, warum ausgerechnet bei den finanziell Schwächsten gespart werden soll.

Natürlich müssen staatliche Ausgaben regelmäßig überprüft werden. Doch ein Sozialstaat verliert seine Legitimation, wenn er dort kürzt, wo Menschen ohnehin kaum noch Spielräume besitzen. Wer den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken will, kann nicht gleichzeitig jene Unterstützung abbauen, die vielen Familien überhaupt erst ein Mindestmaß an Sicherheit ermöglicht.

Kinderarmut beginnt oft als Familienarmut

Gleichzeitig greift die Debatte zu kurz, wenn sie ausschließlich auf Kinderarmut fokussiert. Kinder werden nicht arm geboren. Sie werden arm, weil ihre Familien arm sind.

Deshalb reicht es nicht aus, lediglich einzelne Leistungen für Kinder zu verbessern. Notwendig ist eine Familienpolitik, die Familien insgesamt stärkt. Dazu gehören existenzsichernde Löhne, bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Kinderbetreuung, bessere steuerliche Entlastungen für Familien sowie eine ausreichende soziale Absicherung in Phasen von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Trennung.

Besonders problematisch ist die Entwicklung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Schon heute geben viele junge Erwachsene an, dass finanzielle Unsicherheit, hohe Wohnkosten und die Sorge vor sozialem Abstieg wichtige Gründe sind, die Familiengründung aufzuschieben oder ganz auf Kinder zu verzichten. Wer Kinderarmut wirksam bekämpfen will, muss daher auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Eltern

verbessern.

Eine Gesellschaft, die Familien dauerhaft unter finanziellen Druck setzt, riskiert nicht nur mehr Kinderarmut, sondern langfristig auch sinkende Geburtenzahlen und wachsende soziale Spannungen.

Was die Studie zeigt – und was sie nicht zeigt

Der Armutsbericht liefert ein wichtiges Bild der sozialen Lage in Deutschland. Er macht deutlich, dass die wirtschaftlichen Krisen der vergangenen Jahre, die Inflation sowie die stark gestiegenen Wohnkosten tiefe Spuren hinterlassen haben. Besonders betroffen sind Menschen mit niedrigen Einkommen, Alleinerziehende, ältere Menschen, junge Erwachsene sowie Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Gleichzeitig zeigt die Studie, dass Armut heute deutlich breitere Bevölkerungsschichten erreicht als häufig angenommen wird. Die Mehrheit der armutsbetroffenen Menschen verfügt über die deutsche Staatsangehörigkeit. Viele haben mittlere oder sogar höhere Bildungsabschlüsse. Und ein erheblicher Teil arbeitet. Armut ist längst nicht mehr nur ein Problem einzelner Randgruppen.

Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass der Bericht auf dem Konzept der relativen Einkommensarmut basiert. Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung hat. Dieses Maß beschreibt soziale Ungleichheit und mangelnde Teilhabemöglichkeiten, nicht zwingend existenzielle Not. Gerade deshalb ist die zusätzliche Betrachtung der materiellen Entbehrung so wichtig. Sie zeigt, wie viele Menschen tatsächlich auf grundlegende Dinge verzichten müssen.

Die Ergebnisse beider Messgrößen weisen in dieselbe Richtung: Armut nimmt zu. Besonders betroffen sind Kinder und Familien.

Und die bisherigen politischen Maßnahmen reichen offenbar nicht aus, um diesen Trend zu stoppen.

Für eine Gesellschaft, die Chancengleichheit ernst nimmt, sollte das ein Warnsignal sein. Denn jedes Kind, das aufgrund der finanziellen Situation seiner Familie schlechtere Bildungs-, Gesundheits- oder Entwicklungschancen hat, steht für einen Verlust an Möglichkeiten – nicht nur für das einzelne Kind, sondern für die gesamte Gesellschaft.

[Armutsbericht_2026_Wachsende_Armut_Schrumpfende_SicherheitHerunterladen](#)